



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/124 - 1. Juni 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Adenauer und Hoffmann	S. 1
Ungewisse Aussichten für Zoli	S. 2
Pankows Westreise-Verbot	S. 4
Zur Erhöhung des Krankengeldes	S. 5
Kardinal Wyszynskis römische Mission	S. 7

So weit sind wir!

sp- In der "Saarländischer Volkszeitung", dem Organ des früheren saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (SPV) erklärt am diesen Wochenende der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, er sei der festen Überzeugung, dass auch diejenigen, die sich am 23. Oktober 1955 für die Annahme des Saarstatuts eingesetzt und es bejaht haben, einer deutschen und europäischen Verpflichtung dienen wollten und daher ebenso gute Deutsche waren und sind, wie diejenigen, die das Saarstatut abgelehnt hätten.

Dr. Konrad Adenauer und Johannes Hoffmann Arm in Arm! So weit sind wir also gekommen. Der Bundeskanzler identifiziert sich mit einer politischen Partei, deren ausgesprochenes Ziel es war, das Saargebiet von Deutschland zu trennen und zu einem Pufferstaat unter aussen- und wirtschaftspolitischer Aufsicht Frankreichs zwischen Deutschland und Frankreich zu machen. Diejenigen, die gegen diese Politik auftraten und das Saargebiet Deutschland erhalten wollten, werden heute von Dr. Adenauer mit denjenigen in einen Topf geworfen, die sich eindeutig zum Separatismus bekannten.

Deshalb mögen die Fragen gestattet sein: Was kann man noch von einem Politiker halten, der - um seine parteipolitische Hausmacht auch in Saargebiet zu begründen - diejenigen öffentlich desavouiert, die in dunklen Stunden für Deutschland gestanden haben? Muss man nicht sehr nachdenklich werden, wenn man überlegt, dass diesen Politiker Kraft seines Staatsamtes die Erfüllung des ersten Gebots der deutschen Politik, die Wiedervereinigung, obliegt?

* * *

- 2 -

1.6.1957

Auf der Suche nach einer Mehrheit

P.E. Rom, Ende Mai

Die von Senator Adone Zoli gebildete neue italienische Regierung, die sich ausschliesslich aus christlich-demokratischen Politikern (und einem unpolitischen Fachmann) zusammensetzt, verfügt über keine sichere parlamentarische Mehrheit, denn die Democrazia Cristiana ist mit ihren 260 Kammerabgeordneten zwar die relativ stärkste Partei Italiens, zur absoluten Mehrheit aber fehlen ihr rund 20 Stimmen. Ministerpräsident Zoli wird also bereits bei der ersten Vertrauensabstimmung in Senat und Deputiertenkammer, die in diesen Tagen stattfindet, der Unterstützung anderer Parteien bedürfen. Erhält sie diese nicht, so wird es ihr so ergehen, wie es De Gasperi bei seinem letzten Versuch einer Regierungsbildung und wie es Fanfani erging, die beide bereits bei der Abstimmung über das Programm des neuen Kabinetts zu Fall kamen.

Man wird die Eventualität eines solchen Fehlschlages des Experiments Zoli nicht völlig ausser acht lassen dürfen, denn bisher hat sich noch keine Partei ausserhalb der Democrazia Cristiana klar und eindeutig für die neue Regierung ausgesprochen. Auch diejenigen Parteien, die für eine Unterstützung der Regierung im Prinzip in Betracht kämen, haben sich bisher sehr zurückhaltend verhalten und ihre endgültige Stellungnahme von dem Inhalt der von Zoli zu verlesenden Regierungserklärung abhängig gemacht.

Fest steht einstweilen nur, welche Parteien bestimmt gegen die neue Regierung stimmen werden. Erklärungen in diesem Sinne haben die führenden Politiker der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgegeben. Nenni hat sogleich versucht, einige programmatische Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung seinen Andeutungen gemäss die Voraussetzung für eine wohlwollende Haltung seiner Partei bilden sollte. Da mit der Annahme dieser Bedingungen von Seiten Zolis nicht zu rechnen ist, müsste also auch eigentlich Nenni mit seinen 75 Mannen gegen die Regierung stimmen, wenn Nenni nicht wieder plötzlich erklärt hätte, die ablehnende Haltung seiner Partei stehe nicht im vorhinein fest.

Für die Liberalen, in deren Namen der Parteisekretär Malagodi grundsätzliche Erklärungen abgab, wird nicht so sehr das Programm der Regierung als deren allgemeine Orientierung dafür massgeblich sein, ob mit einer Stimmenthaltung der Liberalen gerechnet werden kann oder ob auch

1.6.1957

somit Nein stimmen werden. Das Schicksal der Regierung Zoli wird also voraussichtlich davon abhängen, ob es gelingt, die Rechte für eine Unterstützung zu gewinnen. Diese Rechte, bestehend aus den beiden monarchistischen Parteien Covellis und Lauros sowie aus dem neofaschistischen M.S.I. verfügt in der gegenwärtigen Kammer immerhin über insgesamt 54 Stimmen, die somit ausreichen würden, der Regierung eine wenigstens knappe Mehrheit zu sichern.

Es wäre relativ einfach, ein stillschweigendes Abkommen zwischen Democrazia Cristiana und den Rechtsparteien zustandezubringen, das zu einer solchen Mehrheit für die Regierung Zoli führen würde. Dem steht jedoch die oft betonte Abneigung der christlich-demokratischen Parteileitung gegen ein Aufgeben ihrer "zentralistischen" Stellung zwischen Rechts und Links entgegen. Dabei muss die Parteileitung - und demgemäß auch der neue Ministerpräsident - auch stets auf den wichtigen Gewerkschaftsflügel innerhalb der Democrazia Cristiana achten, der jedes "Abgleiten" der Partei nach rechts so heftig verabscheut wie nur irgendein Sozialist. Das ist durchaus begründlich, denn der Aufstieg, den die christlich-demokratisch geleiteten Gewerkschaften gerade in den letzten Jahren verzeichnen konnten, würde durch ein deklariertes Zusammengehen zwischen Democrazia Cristiana und den Rechtsparteien weitgehend zunichtegemacht werden.

Ministerpräsident Zoli wird es also nicht leicht haben, eine Regierungserklärung auszuarbeiten, die den programmatischen Forderungen der Rechten genügend weit entgegenkommt, damit Monarchisten und M.S.I. für die Regierung stimmen können, ohne dass damit schon "Bindungen" der neuen Regierung an die Rechte ausgesprochen werden. Trotz dieser großen prinzipiellen Schwierigkeiten seiner Aufgabe nimmt man in allgemeinen doch an, dass es dem neuen Ministerpräsidenten, nicht zuletzt dank der persönlichen Beliebtheit und dem Vertrauen, das er auch ausserhalb seiner Partei weithin geniesst, gelingen wird, die Klippe des Vertrauensvotums in den beiden Häusern des Parlaments zu umschiffen.

Kraftprobe

KJ. Es fing diesmal nicht harmlos an: vor ein paar Wochen schon warnte die Pankower FDJ-Zeitung "Freie Junge Welt" sehr massiv ihre Mitglieder vor Reisen in die Bundesrepublik. Zahlreiche "Agentenorganisationen" würden in Westdeutschland bereitstehen, um ahnungslose Jugendliche zu Spionagediensten zu pressen, sie zu verhetzen und zu zersetzen. Studenten wurde mit der Exmatrikulation gedroht, die trotzdem reisten und so "den Arbeitern in den Rücken fielen." Der grobe und nicht zu mißdeutende Ton ließ Schlimmes erwarten.

Jetzt ist das offizielle Westreisen-Verbot da. Zwar sind vorerst durch den Erlass des Staatssekretärs für das Hochschulwesen formal nur die Studenten betroffen - innerhin knapp 100 000 -, alle Anzeichen deuten aber darauf hin, dass es bald auf alle Jugendlichen angewendet wird. So hat die SED den geplanten Pariaustausch zwischen Schweriner und Lübecker Oberschulklassen verboten. Die Oberschüler von Ölsnitz in Vogtland mussten sich "freiwillig" verpflichten, auf Westreisen zu verzichten. Die Kampagne in den Betrieben wird vermutlich in den nächsten Tagen anrollen.

Dass man - im Gegensatz zum Vorjahr - diesmal in Pankow mit dem Reiseverbot ernst machen will, steht fest. Aber reicht der Atem der SED aus? 1956 kam es an der Technischen Hochschule in Dresden zu Krawallen, als der Rektor sich das Genehmigungsrecht vorbehalten wollte. Die SED machte einen Rückzieher. Jetzt droht sie, gegen aufsässige Jugendliche mit Waffengewalt vorgehen zu wollen. Und nicht umsonst wird gerade jetzt gegen einen Rostocker Studenten ein Spionage-Prozess inszeniert, der von einer angeblichen Hamburger Agentenzentrale "Aufträge" entgegengenommen haben soll. Wird daraus ein Abschreckungsprozess, ein Musterfall zur Warnung Oppositioneller?

Ganz wohl aber dürfte den Pankower Machthabern nicht sein bei ihrem Vorhaben, den Eisernen Vorhang wieder herunterzulassen: die Unruhe an den Universitäten und Schulen nimmt bedenkliche Formen an; selbst bis dato linientreue Lehrer und Dozenten wollen das gewagte Spiel nicht mitspielen. Pankow aber will eine Kraftprobe. Die Provokationen sind von langer Hand vorbereitet. Die Absicht ist klar: die Machthaber wollen auf diese Weise die Stärke der Opposition im Lande messen, wollen sie bewusst herauslocken - und mit allen Mitteln des Terrors zerschlagen. Der

zunehmende passiver Widerstand entzog sich in den letzten Monaten immer mehr der Kontrolle und einer direkten Einwirkungsmöglichkeit. Staats-sicherheitsminister Wollweber überraschte schon Anfang des Jahres mit der durchsichtigen Mitteilung, der Westen plane im Sommer einen "zweiten 17. Juni". Die Kraftprobe, der Kampf gegen den inneren Widerstand, hat begonnen. Es ist eine "Flucht nach vorn", von der sich heute noch nicht sagen lässt, wo sie endet.

Aber wen in der Zone werden heute die Argumente überzeugen, die für das Westreiseverbot vorgebracht werden? Es ist eine beleidigende Zumutung selbst für den bisher SED-Gutgläubigen, die Behauptung zu schlucken, Westdeutschland gleiche einem Wald, in dem eine böse "Räuberbande herrscht". Und das wird zu einem Zeitpunkt gesagt, da der polnisch-west-deutsche Studentenaustausch in einem unerwartet grossen Ausmaß angelaufen ist. Pankows Uhren gehen anders als die von Warschau...

Soviel ist jedenfalls sicher: das Westreisen-Verbot wird auch die letzten zweifelnden Jugendlichen in die Opposition treiben. Und nicht nur die Jugendlichen! Für die Pankower Machthaber wird die provozierte Kraftprobe keinen guten Ausgang haben.

* * *

Soziale Gleichstellung vortagt

H.R. Nach langen und harten Auseinandersetzungen hat der Deutsche Bundestag nunmehr mit Mehrheit einen Kompromissvorschlag über die erhöhte Krankengeldzahlung an Arbeiter angenommen. Wie so oft in der Vergangenheit hat es hier zuerst wieder einmal der sozialdemokratischen Initiative bedurft, um die Frage der sozialen Gleichstellung der Arbeiter überhaupt in Angriff zu nehmen. Schon vor fast zwei Jahren hatte die SPD, dem berechtigten Anliegen der Arbeiterschaft entsprechend, einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfall eingebracht und beantragt, dass auch Arbeitern, genau wie Angestellten, bei Erkrankung statt des Krankengeldes für sechs Wochen der volle Lohn weitergezahlt wird.

Die soziale Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall, deren Bedeutung erst noch durch den sechzehnwöchigen Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein unterstrichen wurde, konnte in diesem Bundestag nicht mehr erreicht werden. Arbeiter sollen an Stelle der bisherigen Regelung bei Erkrankung für die ersten sechs Wochen Krankengeld in

1. Juni 1957

Höhe von 90 % des Nettolohnes erhalten. Um diese 90 % zu erreichen, wird das Krankengeld auf 65 % des Grundlohnes erhöht und eine Zuschusszahlung in Höhe von 25 % des Nettolohnes seitens der Arbeitgeber vorgenommen. Voraussetzung für die Zahlung des Zuschusses ist allerdings eine vierwöchige Betriebszugehörigkeit und die Bestimmung, dass den Arbeiter kein Verschulden an seiner Krankheit trifft. Diese Regelung wird, abgesehen von den arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, insbesondere für die Arbeiter, die auf Grund der Arbeitsmarktlage, wie Hafenarbeiter und Bauarbeiter, öfter ihren Arbeitsplatz wechseln, erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen.

Das jetzt beschlossene Gesetz ist sicherlich eine Verbesserung gegenüber der alten Regelung. Es ist ein Anfang, unterstreicht aber zugleich, dass die völlige Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall nicht erreicht wurde und deswegen so lange auf der Tagesordnung bleiben wird, bis sie im Interesse der Arbeiter vollzogen ist.

Wiederholt ist während der Debatte über den SPD-Antrag von Seiten der CDU/CSU betont worden, dass man jetzt keine völlige Gleichstellung vornehmen und diese erst durch die Reform der Krankenversicherung im dritten Bundestag geregelt werden könne. Fürwahr ein beachtliches Eingeständnis der Regierungsparteien, die doch noch im Oktober 1953 durch den Bundeskanzler den Arbeitern mit Nachdruck die Durchführung einer umfassenden Sozialreform versprochen liessen.

Statt der sozialen Gleichstellung der Arbeiter wurde also eine Teillösung vorgenommen. Die Arbeiter werden für die Erhöhung des Krankengeldes eine zusätzliche Beitragserhöhung zu erwarten haben. Man spricht scherzhaft von einer geringfügigen Erhöhung und vergisst, dass im Zuge der Rentenreform schon einmal das Einkommen der Arbeiter geschmälert wurde. Verglichen mit der Lage der Angestellten werden sie jetzt doppelt gestraft. Sie erhalten keine Gleichstellung und müssen für das, was ihnen jetzt zugestanden wurde, eine Beitragserhöhung in Kauf nehmen.

Aber nicht nur die Arbeiter, sondern auch vor allem die kleinen und Mittelbetriebe werden mit spürbaren Mehrkosten zu rechnen haben, da der SPD-Vorschlag, für die den Arbeitgebern entstehenden Mehrbelastungen einen Ausgleichsstock zu errichten, von der CDU/CSU abgelehnt wurde. Man darf gespannt sein, wie die Vertreter der Klein- und Mittelbetriebe auf diese Auswirkungen reagieren werden; schon sie sich doch als Inhaber dieser Betriebe vor der schier unlösbaren Aufgabe, bei

ihrer schon jetzt angespannten Finanzlage die Mehrkosten allein aufzubringen. Sicherlich wird ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der übrigen Industrie sich noch weiter verschlechtern, wobei sie befürchten müssen, dass auch die Zusatzleistungen, die jetzt an die Arbeiter gegeben werden, die Abwanderung ihrer Fachkräfte in die Industrie nicht aufhalten werden können. Die Arbeiter aber, die im Anschluss an den Kieler Streik auf Grund der ihnen gemachten Versprechungen noch glaubten, dass ihr Anliegen durch den jetzigen Bundestag erfüllt wird, werden sich verstärkt dafür interessieren, welche Abgeordneten glaubten, die aus der Jahrhundertwende überkommene soziale unterschiedliche Behandlung noch bis zum nächsten Bundestag beibehalten zu müssen, obwohl von Seiten der SPD eine brauchbare Lösung rechtzeitig vorgeschlagen war.

+ + +

Bahn der praktischen Koexistenz

Der. Von zwei Männern hängt heute das Schicksal Polens ab; von dem Nationalkommunisten Gomulka und dem römisch-katholischen Kardinal Wyszynski. Mit wuchtiger Schrift haben sie sich schon in die Nachkriegsgeschichte unseres östlichen Nachbarlandes eingetragen. Beide Männer, von denen gesagt wird, sie hätten sich noch nie Angesicht zu Angesicht gegenübergestanden, sind auf einander angewiesen, wenn sie Polen die Wiederholung der ungarischen Tragödie ersparen wollen. Beide Männer sind Repräsentanten geschichtlicher Kräfte. Auf Gomulka richten sich die Augen des polnischen Volkes als dem Mann, der das erregende Wagnis unternahm, unterstützt von dem nie ganz erloschenen und durch die Oktoberrevolution neu entfachten Freiheitswillen der polnischen Arbeiter, Intelligenz und Bauern, sein Land Schritt für Schritt aus drückender sowjetrussischer Unterjochung zu lösen. Auf den Kirchenfürsten Wyszynski vertraut das polnische Volk als dem Mann, der auch in schweren Zeiten mitten unter ihm weilte und die zusammenhaltende Kraft des polnischen Katholizismus würdig und ungebeugt vertrat. In seiner Persönlichkeit spiegelt sich die Tradition der polnischen katholischen Kirche, findet sie ihren beredtesten Zeugen.

Die einzige Bedingung, die Gomulka an den polnischen Klerus in den stürmischen Oktobertagen stellte, war der Verzicht auf die Gründung einer eigenen politischen Partei nach dem Muster der sogenannten "christlichen Parteien" in Europa. Kardinal Wyszynski sagte sofort zu, und das

1. Juni 1957

Ergebnis dieser weisen Zurückhaltung fand seinen Niederschlag in jenem berühmten Kommuniqué, in dem es u.a. hiess:

"Die Vertreter des Episkopats stellen fest, als Ergebnis der Veränderungen im öffentlichen Leben, die auf eine Festigung der Gesetzmässigkeit, des Rechts, der friedlichen Koexistenz ... hinielen, werden die Regierung, die staatlichen Behörden bei der kirchlichen Hierarchie ... volles Verständnis für diese Ziele finden. Die Vertreter des Episkopats geben auch ihrer vollen Unterstützung für die Arbeit der Regierung Ausdruck, deren Ziel die Stärkung... von Volkspolizei, die Konzentrierung der Anstrengung aller Bürger auf harmonische Arbeit ... für die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten gegenüber dem Staat ist".

Dieses Abkommen setzte der Unterdrückung der polnischen Kirche durch die Stalinisten ein Ende, es gab die Bahn frei für die volle Entfaltung des kirchlichen Lebens, für eine katholische Presse und für ungestörte Ausübung des Religionsunterrichtes in den Schulen.

Wie würde der Vatikan diese Grossstat einer praktischen Koexistenzpolitik aufnehmen? Es spricht wiederum für die Klugheit des polnischen Kardinals, dass er über ein halbes Jahr verstreichen liess, ehe er nach Rom zum Empfang des Kardinalskutes eilte. Die polnische kommunistische Presse, sich beugend dem allgemeinen Interesse, berichtet laufend von jeder Zeremonie und jedem Empfang, die beim Heiligen Stuhl zu Ehren des Oberhauptes der Römisch-Katholischen Kirche Polens veranstaltet wurden und werden, sie vermeidete es, heikle Zusammenhänge anzurühren und legte sich in der Kommentierung grosse Zurückhaltung auf. Auch der Vatikan hielt sich aller voreiligen Stellungnahmen, obwohl die Nüchternheit und Skepsis kaum zu verkennen waren, mit denen er die die Phantasie erregende polnische Entwicklung verfolgte.

Voreilige Stimmen meinten, der Kardinal werde wegen seiner Haltung und seiner Zusammenarbeit mit Gomulka vom Vatikan zur Rechenschaft gezogen werden. Nichts dergleichen geschah. Wohl wurde am Tage der Überreichung der Kardinalinsignien in einer Ehrung für einen polnischen wegen seines Glaubens von Kosaken ermordeten Märtyrer das polnische Volk ermahnt, sich an der Standhaftigkeit und dem unbeugsamen Glauben dieses Märtyrers ein Beispiel zu nehmen, und es wurde daran erinnert, dass es mit dem "gottlosen Materialismus" keine "geistige Gemeinschaft, sondern nur Kampf" geben könne, aber das unries eine Stellung, die ohne-

SPD-Pressedienst

P/XII/124

- 9 -

1.6.1957

hin nicht im Zweifel stand.

Das Eigenartige und Neue an der polnischen Entwicklung jedoch ist, dass beide Gewalten in der Praxis sich bemühen, ihre Bereiche gegenseitig abzugrenzen. Dies wird auch in der Zukunft mit voller Billigung des Vatikans geschehen. Es bleibt Kardinal Wyszynski überlassen, nach den Geboten des eigenen Gewissens und seines eigenen Urteils zu entscheiden. Der Vatikan ist sich wohl der Tatsache bewusst, dass das polnische Volk seinen Weg zur Freiheit und Wohlstand nur sichern kann in Zusammenarbeit mit dem guten Willen auch jener Kräfte, die dem Einfluss der Kirche entzogen sind. Dies erfordert die politische Klugheit und die Sonderstellung der polnischen Kirche.

Diese politische Klugheit stand wohl auch in der einzigen Frage Pate, in der sich der Vatikan den Wunsch des polnischen Kardinals verschloss. Sie betrifft die endgültige Anerkennung der durch die polnische Verwaltung der deutschen Ostgebiete geschaffenen kirchlichen Verhältnisse. Der polnische Klerus drängte schon zu Stalins Zeiten auf eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch die Ernennung von polnischen Bischöfen in diesen Gebieten. Der Vatikan kam zwar unlängst diesem Wunsch entgegen, berief sich aber als Hintertür auf den zukünftigen Friedensvertrag, der erst den Boden für eine dauernde Neuregelung und Festsetzung der kirchlichen Diözesen schaffen soll. Auch hier zeigt der Vatikan jene Beweglichkeit und Voraussicht, wie in seiner Stellung zur polnisch-römisch-katholischen Kirche und deren Verhältnis zum Staate Sowjetas. Er lässt die Dinge fließend und vermeidet jede Festlegung.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel